

Stellungnahme zum Media Freedom Act

Von Josef Trappel

Medienpolitik beginnt unter den Nägeln zu brennen. Diesen Eindruck könnte gewinnen, wer sich mit den aktuellen Schriftstücken befasst, die aus der Feder der Europäischen Kommission, aber auch aus dem neu besetzten Medienministerium in Wien fließen. Letzteres hat im Jänner 2022 unter Federführung von Frau Ministerin Susanne Raab einen Ministerratsvortrag vorgelegt, der an Deutlichkeit alles in den Schatten stellt, was die türkische Politik in den letzten vier Jahren abgesondert hat. Da geht es um Innovationsförderung, journalistische Qualität, „green producing“, Berichtspflichten und eine Überprüfung des Medientransparenzgesetzes. Wohl an, Frau Ministerin, wir wünschen Erfolg und Durchhaltevermögen!

Ähnlichen Aktionismus legt auch die Europäische Kommission an den Tag, die zuletzt mit dem „European Democracy Action Plan“ und dem „Rule of Law Report“ ungewöhnlich klar Medien und Kommunikation auf die politische Agenda gesetzt hat. Mit der Aufforderung, zu dem „Media Freedom Act“ Stellung zu nehmen, setzt die Kommission diese Initiative fort.

Über die Gründe für diese Renaissance von Medienpolitik auf nationaler und europäischer Ebene lässt sich nur spekulieren. Unzweifelhaft ist den Verantwortungsträger:innen aber das Ausmaß der US-Dominanz bei den digitalen Plattformen einerseits, und das Ausmaß an öffentlich verbreiteter Falschinformation, an Hassrede und an ungeschminkter Propaganda in der netzgebundenen Kommunikation andererseits gehörig in die Knochen gefahren. Die Covid-19 Pandemie hat das ihre dazu beigetragen, diesen unerfreulichen Unfug weiter zu verstärken.

Die EU Kommission beabsichtigt nun mit den ihr eigenen Mitteln der Binnenmarktsicherung Vielfalts- und Unabhängigkeitsziele zu erreichen. In einem offensichtlich nicht erwünschten Basisszenario bleibt die EU Medienpolitik auf die Audiovisuelle Mediendiensterichtlinie und das MEDIA Element im *Creative Europe* Programm beschränkt. Deutlich ambitionierter sind die anderen beiden Szenarien. Option 1 sieht strukturierte nationale Medienmarktbeobachtungsinstrumente ebenso vor wie einheitliche Transparenzregeln für Medieneigentum und redaktionelle Unabhängigkeit. Option 2 geht noch weiter und strebt eine Erstreckung des Binnenmarktconceptes auf Medien und Kommunikation an. In diesem Rahmen sollen verbindliche Europäische Regeln und Prinzipien für Marktzugang, Wettbewerbsverhalten und Eigentumstransparenz erlassen werden. Ein eigener Beobachtungsmechanismus soll den Fortschritt der Bemühungen dokumentieren. Davon verspricht sich die EU Kommission grenzüberschreitendes Branchenwachstum, neue Arbeitsplätze und den Ausbau der demokratiestützenden Rolle der Medien. Damit sei, so die Hoffnung der EU Kommission, auch eine Stärkung der Grundrechte auf Meinungs- und Medienfreiheit verbunden.

Option 2 legt (endlich) eine medienpolitische Ausrichtung auf den Tisch, die über das nur mühsam an die digitalen Realitäten angepasste grenzüberschreitende Fernsehen hinausgeht. Allerdings erscheint das Vorhaben noch recht vage und in sich widersprüchlich. Mit Binnenmarktinstrumenten grenzüberschreitendes Medienwachstum erreichen zu wollen, wird kaum das Wohlwollen kleinerer Mitgliedstaaten finden, die den Sprachraum mit größeren Nachbarn teilen (Belgien, Irland, Luxemburg, Österreich, Zypern). Auch die Verbindung zwischen Wachstumspfad und gestärkter Medien- und Meinungsfreiheit leuchtet nicht intuitiv ein. Die Gefahr, dass Letzteres zugunsten von Ersterem auf dem Weg zur Gesetzgebung über Bord geworfen wird, ist nicht von der Hand zu weisen.

Mit Medienpolitik lässt sich kein politisches Kleingeld verdienen, entsprechend unbeliebt ist die sperrige Materie, und erst noch voller Stolperfallen, wie das politische Ende von Sebastian Kurz eindrücklich dokumentiert. Daher verdient jede medienpolitische Initiative Unterstützung, die offen, transparent und faktenbasiert entwickelt wird. Ministerin Raab und die EU Kommission haben sich auf diesen Weg gemacht – sorgen wir dafür, dass Befunde aus der Kommunikationswissenschaft sie sachgerecht begleiten.